Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2009-07-10

Dezernat/ Amt: II / Amt für Finanzen
Bearbeiter: Herr Bartsch / Frau
Thoms
Telefon: 545 - 1441

Beschlussvorlage

Drucksache Nr.

00022/2009

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Weitere und geänderte städtische Maßnahmen zum Zukunftsinvestitionsprogramm;
Abwägungen bei der Maßnahmeauswahl

Beschlussvorschlag

1. Die vorliegenden und gegebenenfalls noch eingehende Anträge Dritter auf Berücksichtigung bei Förderungen von Maßnahmen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms des Bundes werden nach dem beigefügten Katalog der Abwägungskriterien beurteilt.
2. Die bisher eingegangenen Anträge von freien Trägern und die diesbezüglichen Bescheide der Landeshauptstadt Schwerin sind der Vorlage beigefügt und werden zur Kenntnis genommen.
3. Die städtische Baumaßnahme zur Neuerrichtung einer Grundschule am Mueßer Berg als Maßnahme im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms wird in eine Sanierung derselben Schule geändert.
4. Die Kreditaufnahme zur Finanzierung des 15 % igen städtischen Anteils der Programmmaßnahmen wird um 142.100 € reduziert mit einem nunmehrigen diesbezüglichen Kreditbedarf von 946.600 € gegenüber bisher 1.088.700 €.
5. Die städtischen Baumaßnahmen für Brandschutzmaßnahmen an Schulen werden zu Gunsten der Baumaßnahme GS Mueßer Berg und zur Kompensation der versagten Kreditgenehmigung (sh. Ziffer 4) aus der Liste der städtischen Bildungsinfrastrukturmaßnahmen zum Zukunftsinvestitionsprogramm herausgenommen.
6. Die Neugestaltung des Platzes der Freiheit wird nach der bereits erteilten Zusage zur Förderfähigkeit als städtebauliche Maßnahme im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms Städtebauförderung durchgeführt. Der Eigenanteil für diese Maßnahme in Höhe von 74.700 € wird aus einem dementsprechend verringerten Ausgabeansatz für Rückbaumaßnahmen „Infrastruktur Mueßer Holz“ gedeckt.

7. Die Entscheidungen zu 3.,4.,5. und 6. werden unter Abänderung des Beschlusses der Stadtvertretung vom 23.März 2009 und mit Wirkung für den Vermögenshaushalt 2009 im Wege der Änderung des Haushaltsplanes gemäß den beigefügten Auszügen der Unterabschnitte 20000, 21000, 61500, 90100,91000 beschlossen.

8. In der Haushaltssatzung zum Haushalt 2009 wird Pkt. 7 des § 4 gestrichen und die Haushaltssatzung in der beigefügten geänderten Form beschlossen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Die gegenwärtige Phase bei der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsprogrammes des Bundes ist im Allgemeinen von steten Änderungen bzw. neuen Hinweisen zur Förderfähigkeit von Maßnahmen, Unsicherheiten zur Teilnahme Dritter an dem Programm (Trägerneutralität) und in der Landeshauptstadt Schwerin auch von Machbarkeitserkenntnissen geprägt. Dabei stehen alle Entscheidungen unter dem Druck einer zügigen, dem Sinn des Programmes entsprechenden Umsetzung.

Daher wird diese Vorlage bereits der ersten, konstituierenden Sitzung der Stadtvertretung vorlegt. Bei einem Zuwarten bis zur ersten Sitzung nach der Sommerpause wären bis dahin aus den nachfolgend erläuterten Gründen die Umsetzungen des Programmes, insbesondere die seinem Sinn entsprechenden Auftragserteilungen an die ausführenden Betriebe, nur eingeschränkt realisierbar.

In einem verwaltungsgerichtlichen Eilverfahren hat eine Antragstellerin, deren Antrag auf Förderung von Maßnahmen im Zuge des Programmes von der Stadt abschlägig beschieden wurde, erfolgreich eine Neuentscheidung über ihren, im Verlauf des Verfahrens geänderten Antrag erstritten. Die Neubescheidung wird im Zuge des laufenden Widerspruchsverfahrens erfolgen. Der Antragstellerin kam im gerichtlichen Verfahren im Wesentlichen zugute, dass dokumentierte Abwägungsentscheidungen durch die Stadt nicht in der vom Gericht für notwendig erachteten Form vorgelegt werden konnten.

Ad 1. Mit der Festschreibung der im Wesentlichen bereits vor der Entscheidung am 23.02.2009 herangezogenen Abwägungskriterien wird eine vor allem nachweisbare Entscheidungsgrundlage geschaffen, die mit den darauf gestützten Entscheidungen für die gegebenen und noch potenziellen Antragsteller transparente Grundlagen erkennen lässt und insgesamt zur Rechtssicherheit beiträgt. Der Katalog dient ebenfalls als Basis für Widerspruchsentscheidungen oder die Bescheidung neuer Anträge.

Ad 2. Es liegen neben dem o.g. streitbefangenen Antrag eines freien Trägers von Kindertagesstätten drei weitere Anträge vor, die abschlägig beschieden wurden. Ein Antrag wurde unzutreffend dem Krippenförderprogramm des Bundes zugeordnet und daher noch nicht abschließend beschieden. Dies wird nun nachgeholt. Die diesen weiteren Verfahren zugrunde liegende Abwägung wurde anlässlich des Streitverfahrens noch einmal auch anhand des Kriterienkataloges überprüft und es gab insoweit keine Anhaltspunkte für eine Änderung der Entscheidungen.

Ad 3. Mit den Beschlüssen vom 23. Febr. 2009 und vom 23.März 2009 hat sich die Stadtvertretung für die vorgelegten Maßnahmen entschieden und sie zum Bestandteil des Vermögenshaushaltes 2009 gemacht. Die anschließenden konkreten Planungen haben nunmehr ergeben, dass ein Neubau der Grundschule am Mueßer Berg möglicherweise nicht mit den vorgesehenen Mitteln zu realisieren ist bzw. sich eine Änderung der Maßnahme in eine Sanierung der Schule letztendlich als wirtschaftlich günstigere Lösung

erweisen könnte.

Höhere Ausgaben für diese Maßnahme können nicht im Haushalt der Stadt aufgefangen werden, weil damit der gesamte Vermögenshaushalt 2009 einschließlich der dann zu ändernden Kreditaufnahme mit der Folge einer neuen Genehmigungslage neu zu beraten und zu beschließen wäre. Zudem belegt bereits die Nichtgenehmigung der unter Ad.4 ausgeführten Kreditmittel, dass eine Kreditgenehmigung für zusätzliche Investitionsausgaben nicht zu erwarten ist.

Daher bietet es sich an, die Maßnahme bei Beibehaltung der Priorität für das Objekt Mueßer Berg in eine Sanierungsmaßnahme zu ändern, die sich im Wesentlichen wie folgt auszeichnet:

Für die Unterbringung von Schule und Hort steht ein 26 UR-Gebäude aus dem Jahr 1976 zur Verfügung. In Absprache mit der Schulleitung passt das gewünschte Raumprogramm für eine 3-zügige Grundschule und einem Hort mit einer Platzkapazität von 130 Plätzen in das alte Schulgebäude. Das Gebäude wird nach dem neuesten Stand der Technik, insbesondere im energetischen Bereich , saniert.

Ad 4. Bei den erforderlichen Kreditaufnahmen im Rahmen des Programms hat die Rechtsaufsichtsbehörde in Vorgesprächen zum Haushalt 2009 und dem Entwurf der rechtsaufsichtlichen Entscheidung angekündigt, dass sie in einer Höhe von 142.100 € keine Genehmigung erteilen werde. Die Stadtvertretung hatte vorlagegemäß in der Entscheidung vom 23. Febr.2009 Maßnahmen beschlossen, die über die der Stadt zugeordneten Förderpauschalsummen hinausgingen und nur über eine Kreditmehraufnahme in der genannten Höhe hätten finanziert werden können.

Ad 5. Die Brandschutzmaßnahmen an verschiedenen Schulen waren bislang mit einem Volumen von 564.000 € vorgesehen. Bei der vom Innenministerium am 11.6. 2009 abgeforderten Meldung und näheren Bezeichnung der städtischen Programmmaßnahmen hat das Ministerium Nachfragen zu der Förderfähigkeit der Maßnahme gestellt. Gegenwärtig sind energetische Effekte Voraussetzung für die Förderfähigkeit bei den Bildungsinfrastrukturmaßnahmen.

Ob diese Bedingung Bestand behalten wird, ist wiederum zweifelhaft. Denn im Aug./Sept. 2009 wird voraussichtlich Art 104 b GG geändert mit der Folge, dass nicht nur der der Gesetzgebung des Bundes unterfallende Regelungsbereich des Umweltrechtes (energetische Wirkungen) Fördergegenstand sein kann, sondern auch andere Maßnahmen.

Eine Ungewissheit der Förderfähigkeit der Brandschutzmaßnahmen bleibt aber trotzdem und es bietet sich zudem hier an, diese Maßnahme aus der Liste der städtischen Maßnahmen herauszunehmen, weil die Bauplanung für eine Sanierung der Grundschule am Mueßer Berg noch nicht abgeschlossen ist und damit noch keine Kostensicherheit besteht. So ist auch das Risiko nicht auszuschließen, dass schon die Sanierung den bisherigen Kostenansatz für den Neubau übersteigt. Daher sollten die für die Brandschutzmaßnahmen an den Schulen vorgesehenen Mittel bereits jetzt in Höhe des größeren Teils der Mittel für die Schule Mueßer Berg veranschlagt werden.

Mit dem Herausnehmen der Brandschutzmaßnahmen an den Schulen (s.o. 4.) kann als Folge das Kreditvolumen auf das voraussichtlich genehmigungsfähige Maß reduziert werden. Damit reduziert sich allerdings auch in derselben Höhe der Betrag, der für den erwarteten Mehrbedarf bei der Sanierung der Schule Mueßer Berg zur Verfügung steht.

Ad 6. Mit dem Beschluss vom 23. März 2009 wurde die Oberbürgermeisterin ermächtigt, Anträge im Bereich der Städtebauförderung im Rahmen des Konjunkturpaketes zu stellen. Dies ist erfolgt und es liegt bereits mit Datum vom 31.3.2009 die Inaussichtstellung der

Förderung der Neugestaltung des Platzes der Freiheit vor. Die entsprechende Aufnahme der Plandaten in den Haushalt muss, sinnvollerweise gemeinsam mit den übrigen Änderungen, noch erfolgen. Die Deckung des kommunalen Eigenanteils der städtebaulichen Maßnahme „Platz der Freiheit“, der wie bei allen Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms 15 % beträgt, kann aus nicht benötigten Mitteln der Städtebauförderung für Abrissmaßnahmen von Wohngebäuden im Mueßer Holz erfolgen. Die Mittel sind aufgrund der Erzielung günstiger Ausschreibungsergebnisse freigeworden.

Ad 7. Die Änderungen oder Erweiterungen bei Investitionsmaßnahmen bedürfen insgesamt einer förmlichen Aufnahme in den Vermögenshaushalt der Stadt. Dies soll mittels der Einfügung der beiliegenden Auszüge aus dem Haushaltsplan zu den betroffenen Unterabschnitten der Maßnahmen und der Kreditaufnahmen in gleicher Weise wie bei der Entscheidung zur Aufnahme der Maßnahmen zum Konjunkturpaket vom 23. März 2009 erfolgen.

Ad 8. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat die Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf die Oberbürgermeisterin zur Aufnahme von Investitionsmaßnahmen in den Haushalt in Vorgesprächen und Anhörungen zum Haushalt 2009 als nicht rechtmäßig erkannt. Die entsprechende Regelung in § 4 Pkt.7 der Haushaltssatzung soll daher wiederum gestrichen werden. Gleichzeitig werden die genannten Beträge der Satzung entsprechend dieser Entscheidung angepasst.

2. Notwendigkeit

Der Beschluss dient der gebotenen zügigen Umsetzung des Zukunftsinvestitionsprogramms

3. Alternativen

Eine spätere Beschlussfassung führt zu Verzögerungen bei der Umsetzung des Programms;

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Das Programm dient der Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. Da der Großteil der Projekte die Bildungsinfrastruktur verbessern, wirkt sich das sehr positiv auf die Lebensverhältnisse von Familien aus.

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

siehe oben 4.

6. Finanzielle Auswirkungen

zusätzliche Kreditbelastung der Landeshauptstadt Schwerin in Höhe des Eigenanteils an den Maßnahmen

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

-

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: -

Deckungsvorschlag

-

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: -

Anlagen:

1. Kriterienkatalog
2. Anträge der freien Träger
3. Austauschblätter zum Haushaltsplan 2009
4. Haushaltssatzung 2009

gez. Dieter Niesen
Beigeordneter

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin